



Frieden – eine Fata Morgana

Lässt sich der Teufelskreis der Gewalt im Nahen Osten noch durchbrechen?

EDITORIAL

Ein neuer Dialog im Nahen Osten? Verhandlungen für eine dauerhafte Lösung des Konflikts? Ein friedliches Nebeneinander von Israelis, Palästinensern, Libanesen und deren Nachbarn? Im Augenblick erscheint dies unvorstellbar. Zum Redaktionsschluss dieses HSEFK-Standpunktes schlugen Raketen und Bomben beiderseits der israelisch-libanesischen Grenze ein. Wer kann, flüchtet aus der Region.

Dennoch darf und muss man hoffen, dass es bald zu einem Waffenstillstand kommt. Und danach werden erneute Verhandlungen nötig sein, um Israel und Palästina engültig und mit sicheren Grenzen von einander zu trennen.

Dabei gilt es die Fehler des Osloer Friedensprozesses zu vermeiden. Warum dieser zum Scheitern verurteilt war, erläutert Berthold Meyer in diesem Standpunkt. Er zeigt darüber hinaus auf, warum die von Israel danach betriebene Politik des einseitigen Rückzugs aus dem Gazastreifen nicht geeignet war, das notwendige Vertrauen zwischen Israelis und Palästinensern aufzubauen.

Zugleich richtet der Autor den Blick nach vorn und fordert die Konfliktparteien auf, einen Waffenstillstand zu schließen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Um einen neuen – und hoffentlich erfolgreicher – Friedensprozess in Gang zu setzen, greift er Vorschläge aus der Genfer Initiative aus dem Jahr 2003 auf, die einen Weg weisen könnten. In jedem Fall kann ein dauerhafter Frieden im Nahen Osten nur im Dialog gefunden werden, eine andere Chance wird es wohl nicht geben. *Marlar Kin*



Noch am 22. Juni 2006 reichen sich der israelische Premierminister Ehud Olmert und Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas im jordanischen Petra die Hände. Nicht einmal vier Wochen später werden am 17. Juli 2006 Wohngebäude nahe des palästinensischen Außenministeriums bei israelischen Luftangriffen zerstört. Bilder: picture alliance

Berthold Meyer

14. Juli 2006: Innerhalb von drei Wochen hat sich die Lage im israelisch-palästinensischen Konfliktgebiet gefährlich zuspitzt. Noch am 22. Juni 2006 rieben sich die Fernsehzuschauer ungläubig die Augen, als sie sahen, wie Israels Premierminister Ehud Olmert und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas im jordanischen Petra einander nicht nur freundlich lächelnd die Hände schüttelten, sondern fast wie alte Freunde umarmten. Israel schien nach dem missglückten einseitigen Rückzug aus dem Gazastreifen bereit, mit Präsident Abbas über die weitere Trennung palästinensischen Territoriums von Israel und die endgültige Zweistaatlichkeit zu verhandeln.

Doch am 24. Juni entführen militante Hamas-Aktivisten einen israelischen Soldaten in den Gazastreifen und versuchen, mit ihm

1000 in Israel gefangen gehaltene Palästinenser freizupressen. Daraufhin beginnt Israel am 27. Juni eine Militäroperation mit erheblichen Zerstörungen im südlichen Gazastreifen. Nachdem die Hafenstadt Ashkelon von einer Qassam-Rakete aus dem nördlichen Gazastreifen getroffen wird, besetzen israelische Panzer am 6. Juli dort eine „Sicherheitszone“ und versuchen die Raketenstellungen zu vernichten. Am 12. Juli entführt die libanesisch-Hisbollah zwei israelische Soldaten über die Grenze in den Libanon. Israel macht dafür die Regierung des Nachbarstaates verantwortlich und bombardiert in Beirut und Umgebung Infrastruktureinrichtungen wie den internationalen Flughafen und Autobahnen. Die Hisbollah antwortet darauf mit einem Raketenangriff auf Haifa. An den folgenden Tagen werden an beiden Fronten die Raketen- und Bombenangriffe fortgesetzt, nimmt die Zahl der unbeteiligten zivilen Opfer stetig zu ...

Wechselbäder zwischen Hoffnung auf Frieden und Hilflosigkeit gegenüber der Gewalt sind nicht ungewöhnlich in diesem Jahrhundertkonflikt. Seit dem ersten israelisch-palästinensischen Übereinkommen von Oslo 1993 haben sie wieder und wieder die unmittelbar Betroffenen sowie internationale Beobachter in Atem gehalten. Anders als noch vor drei Wochen befindet sich der Konflikt jetzt aber nicht mehr an der Wegscheide, von der aus es bei gutem Willen hätte in Richtung Frieden gehen können, sondern an einer, bei der eine Ausweitung der Kampfhandlungen auf einen weiteren Nahostkrieg möglich erscheint, falls die hinter der Hisbollah stehenden Staaten Syrien und Iran noch mit einbezogen werden.

In einer Studie, welche die Leserinnen und Leser frühestens zwei Wochen nach Redaktionsschluss zu Gesicht bekommen und die auch noch ein paar Monate länger mit Interesse gelesen werden soll, kann es nicht darum gehen, Prognosen für die aktuelle Entwicklung abzugeben. Vielmehr werden die grundsätzlichen Schwierigkeiten beschrieben, in diesem Konflikt trotz der inzwischen auch auf palästinensischer Seite eingeführten Elemente einer Demokratie aus dem Teufelskreis der Gewalt auszubrechen und langfristig ein Minimum an Vertrauen aufzubauen. Das nämlich wäre die Voraussetzung dafür, dass Juden und Araber (seien es nun Palästinenser, Libanesen, Syrer oder andere) getrennt und ohne ständige Angst vor einander Rücken an Rücken nebeneinander existieren können. In diesem Zusammenhang wird untersucht, warum durch den unilateralen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen kein Fundament für Vertrauen gelegt wurde. Grundsätzlich kann durch einseitige Maßnahmen zwar in gewissem Umfang die Sicherheit eines Landes erhöht werden, doch um zu einem dauerhaft gewaltfreien Nebeneinander oder gar zum Frieden zu gelangen, ist es notwendig, dass sich die Konfliktparteien auf einen *modus vivendi* einigen. Daraus folgt über die aktuelle Notwendigkeit eines Waffenstillstands an beiden Fronten hinaus: Die Regierungen Israels und der Palästinenser müssen an den Verhandlungstisch zurückkehren. Welche Rollen hierbei auswärtige Akteure spielen (sollten), kann in diesem HSFK-Standpunkt nur am Rande berührt werden.

Die praktizierte Demokratie der Palästinenser irritiert Israel

In den Oslo-Vereinbarungen über die Herstellung einer teilweisen palästinensischen Autonomie in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten war die Einführung demokratischer Strukturen und Verfahren vorgesehen. Ihre systematische Einübung bis zum Erreichen des damals für 1999 oder 2000 vorgesehenen „Endstatus“ Palästinas hätte eine funktionierende Demokratie an der Seite Israels entstehen lassen. Dadurch wäre dem Theorem zufolge, dass Demokratien ihre Konflikte untereinander ohne Krieg austragen, eine zusätzliche Barriere gegen künftige Gewaltanwendung zwischen Israelis und Palästinensern errichtet worden. Am 20. Januar 1996 hatten erste Wahlen zum Legislativrat (auch Autonomierat genannt) und gleichzeitig für das Amt des Ra'is, des Präsidenten der Autonomiebehörde, stattgefunden, aus denen die säkulare PLO/Fatah sowie ihr Chef Yassir Arafat mit überwältigender Mehrheit als Sieger hervorgegangen waren. Die radikal-islamische Hamas hatte damals mit wenig Erfolg zum Boykott der Wahlen aufgerufen, weil sie deren Grundlage, die Oslo-Vereinbarungen, ablehnte, die zu einer palästinensischen Anerkennung Israels geführt hatten.

Obwohl Arafats Amtszeit wie auch die des Legislativrates im Jahr 2000 abgelaufen waren, hatte der Ra'is bis zu seinem Lebensende am 11. November 2004 immer wieder Gründe gefunden, die Ausschreibung von Neuwahlen zu verschieben, wofür er in der eigenen Bevölkerung wie international ebenso kritisiert wurde wie dafür, dass sein autoritäres und durch Vetternwirtschaft gekennzeichnetes Regime hinter den Ansprüchen an einen demokratischen Rechtsstaat weit zurück blieb. Nach seinem Tod hatte zunächst der gemäßigte Fatah-Politiker Mahmud Abbas die Präsidentschaft provisorisch übernommen. Er erhielt am 9. Januar 2005 in regulären Wahlen mit 62,3 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 73,4 Prozent die notwendige demokratische Legitimation. Auch diesmal hatte Hamas ihre Anhänger aufgefordert, den Wahlen fernzubleiben. An den wenig später in mehreren Etappen abgehaltenen Kommunalwahlen beteiligte sie sich jedoch und

ging aus ihnen insbesondere im Gazastreifen als Siegerin hervor. Dort war sie 1987 von der Muslim-Bruderschaft gegründet worden, deren soziale Dienste die Bevölkerung gern als Ersatz für fehlende oder unzulängliche Dienstleistungen der Autonomiebehörde in Anspruch nimmt. Doch auch im traditionell eher Fatah-orientierten Westjordanland stellt Hamas seit diesen Kommunalwahlen einige Bürgermeister.

Bis zur zweiten Wahl des Legislativrates dauerte es noch bis zum 25. Januar 2006. Die Wahl wurde selbst von Israel als demokratisch anerkannt, ihr Ergebnis löste jedoch vielfach Irritationen aus: Aufgrund des komplizierten Wahlsystems und der Zersplitterung der Konkurrenz errang Hamas mit nur 36 Prozent der Stimmen 74 von insgesamt 132 Sitzen im palästinensischen Parlament und somit die absolute Mehrheit.¹ Auch in Ramallah war die Überraschung perfekt, denn Umfragen hatten der Fatah kurz zuvor noch einen Vorsprung vorhergesagt. Nun zeigte sich die Schattenseite der Demokratisierung. Es gab keinen rechtmäßigen Weg, die der auf Israel bezogenen Politik Abbas' diametral widersprechende Hamas, die von Israel, den USA und der Europäischen Union überdies *in toto* als Terrororganisation gebrandmarkt wird, von einer Regierungsbeteiligung fernzuhalten. Der Präsident bemühte sich anfangs um eine Koalition der nationalen Einheit, scheiterte jedoch an der Weigerung der Hamas, das Existenzrecht Israels und die mit ihm seit 1993 von der PLO abgeschlossenen Verträge anzuerkennen. So blieb ihm am 19. Februar nichts anderes übrig, als den von der Hamas-Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, Ismail Hanija, zu akzeptieren und mit ihm eine „Kohabitati-on“² einzugehen.

Israel wollte sich mit diesem Ergebnis ebenso wenig abfinden wie die seit dem Irak-Krieg von 2003 so vehement für eine Demokratisierung des Nahen Ostens eintretende Bush-Administration. Israelische und amerikanische Diplomaten ersannen einen Plan, die neue Regierung auszuhungern und die den Palästinensern nach den Oslo-Vereinbarungen zustehenden Steuer-gelder und Zolleinnahmen sowie versprochene Hilfgelder zu verweigern. Sie legten Letzteres auch der Europäischen Union mit Erfolg nahe. Eine Folge davon war, dass den

etwa 160.000 Mitarbeitern der Autonomiebehörde und anderer Dienststellen seit Februar keine Gehälter mehr überwiesen wurden. Vor allem im ohnehin bettelarmen Gazastreifen mit seiner hohen Bevölkerungsdichte heizte dies den Machtkampf zwischen Abbas und Hanija an, der des Öfteren gewaltsam zwischen den Milizen ihrer Parteien ausgetragen wurde.

Jedoch trat nicht das ein, was die israelischen und amerikanischen Urheber dieser Strategie erhofft hatten: Abbas löste den Legislativrat nicht vorzeitig auf und schrieb keine Neuwahlen aus. Dies war trotz aller Schwierigkeiten plausibel, denn erstens hätten die Bürger nicht eingesehen, warum ihre demokratische Wahl nicht gelten sollte, bloß weil das verhasste Israel Hamas nicht an der Regierung sehen wollte. Zweitens wäre Abbas schon allein ein solches Ansinnen als Einknicken vor Olmert (und den USA) ausgelegt worden und hätte seine ohnehin nicht starke Position empfindlich geschwächt. Viele hätten deshalb bei Neuwahlen erst recht Hamas gewählt, was Abbas verhindern wollte, weil drittens absehbar war, dass eine Neuwahl solange nicht zugunsten von Fatah ausgehen würde, wie diese mehr denn je zersplittert ist und eine ihrer wichtigsten Integrationsfiguren, Marwan Barghouti, im israelischen Gefängnis sitzt.

In Israel selbst hatte am 28. März eine Parlamentswahl stattgefunden. Sie brachte dem seit dem krankheitsbedingten Ausscheiden Ariel Scharons schon als Ministerpräsident amtierenden Ehud Olmert und seiner neuen Kadima-Partei zwar die meisten Sitze in der Knesset, zwang ihn jedoch zu einer Mehrparteienkoalition, die ihre Arbeit am 5. Mai aufnahm. Olmert, der im Wahlkampf dafür gestanden hatte, Scharons Politik des einseitigen Rückzugs aus Teilen der besetzten Gebiete fortzuführen, musste diese Position aufweichen, um die für Verhandlungen eintretende Arbeitspartei von Amir Peretz mit ins Kabinett zu nehmen.

Dies wie auch das zunehmende Chaos im Gazastreifen, aus dem die Gewalt in Form von Qassam-Raketen, die in Sderot und anderen Orten niedergingen, immer wieder nach Israel einwirkte, führten zu einem israelischen Strategiewechsel. Am 21. Mai 2006 erklärte Außenministerin Tzipi Livni vor dem Weltwirtschaftsforum im

ägyptischen Badeort Sharm el-Sheikh im Beisein von Präsident Abbas, das nach der Wahl der Hamas-Regierung geschlossene „Fenster der Gelegenheit“ für den Frieden könne wieder geöffnet werden, wenn diese die klaren Forderungen nach Anerkennung des Existenzrechts Israels und der mit ihm abgeschlossenen Verträge sowie Auflösung der Terrororganisationen uneingeschränkt erfülle. Ihre Regierung bevorzuge verhandelte Vereinbarungen, brauche dazu aber einen Partner, der ihre Vision der Zwei-Staaten-Lösung teile. Die Palästinenser sollten einen Plan, der ihnen helfe, einen eigenen Staat zu erhalten, nicht allein deshalb zurückweisen, weil dessen endgültige Grenzen noch nicht geklärt seien.

Olmert selbst streckte am 23. Mai von Washington aus Abbas die Hand des Friedens entgegen. Bei einer Pressekonferenz mit George W. Bush machte er aber deutlich, nicht „unendlich lange“ auf einen Eintritt der Palästinenser in Verhandlungen warten zu wollen. Käme es nicht in sechs bis neun Monaten zu einem tragfähigen Dialog, werde er die einseitige Rückzugspolitik Scharons fortsetzen, um Israel bis 2010 gesicherte Grenzen zu verschaffen.

Am 26. Mai stimmte der israelische Verteidigungsminister Peretz in Absprache mit Olmert sogar der Möglichkeit zu, Waffen aus anderen Staaten der Nahost-Region an diejenigen palästinensischen Sicherheitsorgane zu liefern, welche Abbas direkt unterstehen. Dies solle dazu dienen, „die Hamas-Regierung bei ihren Versuchen zu zügeln, die Sicherheitsapparate unter ihre Kontrolle zu bekommen“ und „verhindern, dass ihm (Abbas) etwas angetan wird und die Anarchie in der Autonomiebehörde zunimmt“³.

Auf den ersten Blick sahen diese Angebote aus wie eine Kehrtwende gegenüber Israels erster Reaktion auf die Wahl einer Hamas-Regierung: Olmert wandte sich jener Seite der palästinensischen „Doppelspitze“ zu, die er für verhandlungsfähig hält, nämlich Abbas, der schon 1993 für die Palästinenser das Oslo-Abkommen mit ausgehandelt hat und seit seinem Amtsantritt für neue Verhandlungen mit Israel eintritt. Der Regierung Hanija stellte er frei, unter bestimmten Bedingungen ebenfalls Dialogpartner zu werden, doch bedürfte es dazu erst eines radikalen Politikwechsels der Hamas. Auf den zweiten Blick eignete sich diese

Glossar

Im Text erwähnte Parteien und Organisationen

• auf israelischer Seite:

Die *Arbeitspartei (Awoda)* gehört zum linken Spektrum, das für eine Zweistaatlichkeit von Israel und Palästina und Verhandlungen mit den Palästinensern eintritt; 2006 zweitstärkste Regierungsfraktion.

Kadima, „Vorwärts“, die 2005 von Ariel Scharon gegründete Mitte-Rechts-Partei, tritt für eine Politik der Trennung zwischen Israel und Palästina ein, ohne diesem die volle staatliche Souveränität über alle 1967 eroberten Gebiete gewähren zu wollen; 2006 stärkste Regierungsfraktion.

Likud, Konservative Partei, die sich gegen den Abzug Scharons aus dem Gazastreifen gewandt hat und weitere Gebietsrückgaben ablehnt, ist seit 2006 in der Opposition.

• auf palästinensischer Seite:

Al Fatah, säkular orientierte Befreiungsorganisation, größte Gruppierung innerhalb der PLO.

Hamas, radikal islamische Widerstandsbeziehung, nicht der PLO angehörend; lehnt bisher die Existenz des Staates Israel ab; stellt seit 2006 die Regierung in den Autonomiegebieten.

Djihad Islamija, kleinere radikal-islamische Widerstandsbeziehung, nicht der PLO angehörend; zielt auf die Vernichtung Israels.

Palestinian Liberation Organization (PLO), Dachverband zahlreicher palästinensischer Befreiungsorganisationen, zum Teil aus dem Exil heraus operierend; hat mit Israel die Oslo-Verträge (1993ff.) abgeschlossen.

Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), marxistisch-leninistische Befreiungsorganisation, zweitgrößte Gruppierung innerhalb der PLO.

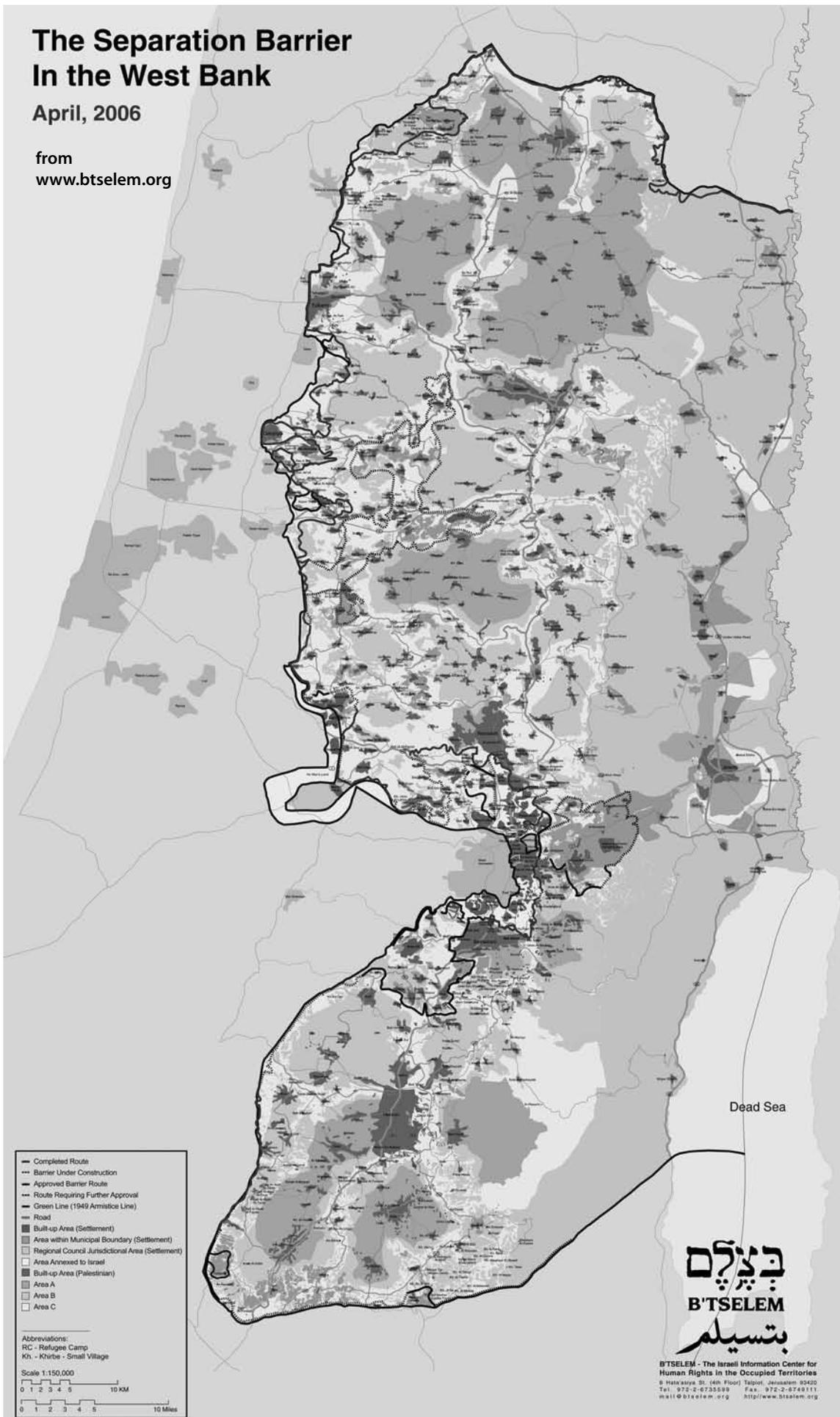
• im Libanon:

Hisbollah (Hizbullah), „Partei Gottes“, schiitische Organisation mit einem paramilitärischen Arm und starken politisch-religiösen Bindungen an Iran und Syrien; tritt für die Beseitigung Israels ein.

The Separation Barrier In the West Bank

April, 2006

from
www.btselem.org



Doppelstrategie auch dazu, den innerpalästinensischen Konflikt zu verschärfen. Dann gäbe es vorerst keinen Gesprächspartner und Olmert könnte deshalb aufgrund des von ihm öffentlich bekannt gegebenen Verfallsdatums für sein Angebot ohne koalitionsinterne Schwierigkeiten zum Unilateralismus zurückkehren.

Parallel dazu arbeitete Abbas Ende Mai 2006 daran, den Machtkampf mit der Hamas zu seinen Gunsten mit demokratischen Mitteln zu beenden. Er machte sich für ein Referendum stark, das ihm den Rücken für Verhandlungen mit Israel stärken sollte. Gegenstand des Volkstentscheids sollte ein Text sein, der am 11. Mai von Marwan Barghouti und anderen prominenten Gefangenen der Befreiungsbewegungen Fatah, Hamas, Djihad Islamija und Volksfront verfasst wurde, die in israelischen Gefängnissen einsitzen. In diesem „Nationalen Versöhnungsdokument“ hatten sie gefordert, Hamas in die PLO aufzunehmen, die jedoch weiterhin allein berechtigt sei, für alle Palästinenser zu sprechen. Außerdem stimmten sie einer Begrenzung des künftigen Staates Palästina auf die von Israel 1967 besetzten Gebiete zu, was von wohlmeinenden Beobachtern als indirekte Anerkennung Israels

gewertet wurde, die geeignet sei, den Finanzboykott aufzuheben. Während einige gemäßigte Hamas-Politiker bereit waren, diesen Weg der nationalen Versöhnung zu gehen, zögerte Hanija noch wochenlang. Was Abbas mit dem Termindruck des Referendums nicht erreichte, schafften am 27. Juni die den Gazastreifen umstellenden israelischen Panzer: In der Stunde der Gefahr überwand Abbas und Hanija ihre Differenzen zumindest vorübergehend und einigten sich auf das Dokument. Doch sofort erklärte der in Damaskus lebende Hamas-Generalsekretär Khaled Meschal, der auch den stärksten Einfluss auf die paramilitärischen Verbände der Hamas ausübt, das Papier sei bedeutungslos. In dieser Position stimmte er ausnahmsweise mit der israelischen Regierung überein, obwohl diese das Dokument vollkommen anders interpretierte und darin vor allem die fehlende Abkehr von der Gewalt bemängelte.

Zwar wäre nun für die Verhandlungsaufnahme kein Referendum mehr erforderlich. Aber die Rahmenbedingungen für ernsthafte Endstatus-Gespräche haben sich dramatisch verschlechtert. Dies hat vielerlei Gründe: Auf palästinensischer Seite haben die Spannungen innerhalb der Hamas zwischen Pragmatikern und Radikalen zugenommen. Letztere werden – obschon Sunniten – dabei inzwischen von der schiitischen libanesischen Hisbollah unterstützt, die seit der Entführung der beiden israelischen Soldaten vom 12. Juli 2006 eine zweite Front aufzwingt. Gleichzeitig wurde die Handlungsfähigkeit sowohl der Regierung als auch von Präsident Abbas durch die Gefangennahme von Politikern und die Zerstörungen eingeschränkt. Auf israelischer Seite wurde das Image der Armee durch die Überfälle auf die Soldaten und deren Entführungen erheblich angekratzt. Generalstabschef Dan Halutz versucht dies durch den Einsatz von Feuerkraft auszuwetzen, ohne Rücksicht darauf, dass daraus ein regionaler Flächenbrand werden könnte. Die beiden Zivilisten Olmert und Peretz lassen dies zu, weil sie im Krieg als nicht zu weich gelten wollen. Doch auch vorher wären kompromissorientierte Verhandlungen kaum zu erwarten gewesen, denn das, was Olmert im Westjordanland aufgeben wollte, war viel zu weit von der Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage

der Grenzlinie vom 4. Juni 1967 entfernt, welche die Palästinenser fordern.

Dies alles spricht dafür, dass Olmert in absehbarer Zeit beginnt, seine Vorstellungen der Trennung von Juden und Palästinensern einseitig zu verwirklichen – wenn die Stimmung in Israel nicht so weit kippt, dass seine Regierung es für notwendig hält, zur Verhinderung weiterer Raketenangriffe den nördlichen Gazastreifen und vielleicht auch noch den südlichen Libanon wieder zu besetzen und damit alle Rückzugspläne bis auf weiteres auf Eis zu legen.

Wäre eine einseitige Trennung gegenüber einem nur schwierig auszuhandelnden Vertrag von Nachteil? War Scharons Abzug aus dem Gazastreifen nicht schon ein Schritt in die richtige Richtung?

Asymmetrie als Grundproblem der Vertrauensbildung

Um dessen einseitige Vorgehensweise sowohl von der Motivation wie von ihrer Wirkung her richtig einzuschätzen, soll hier zunächst kurz darauf zurückgeblickt werden, was den Oslo-Friedensprozess letzten Endes zum Scheitern verurteilt hat.⁴

Diejenigen, die sich 1993 darum bemühten, eine gemeinsame israelisch-palästinensische Erklärung zustande zu bringen, waren sich der Schwierigkeiten, das langfristige Friedensziel zu erreichen, durchaus bewusst, denn sie wollten „die festgefahrenen Antagonismen *schrittweise* ersetz(en) durch eine wachsende Praxis und ein Ethos der Zusammenarbeit, in dem die regionale Interdependenz *schließlich* umgesetzt wird in gegenseitiges Vertrauen ...“⁵

Den Unterhändlern diente das gradualistische Konzept der Entspannungspolitik als Vorbild. Es besteht vereinfacht ausgedrückt darin, dass eine Konfliktpartei der anderen ankündigt, ihr mit einem ersten Schritt entgegenzukommen, und zugleich erklärt, zu weiteren Schritten bereit zu sein, wenn ihr die andere auch ein Stück entgegenkommt.⁶ Der Gradualismus hat insofern etwas mit dem Unilateralismus gemeinsam, als eine Seite die Initiative ergreift. Das Kalkül geht aber nur auf, d.h. die Vorleistung oder der Vertrauensvorschuss wird die erhoffte Gegenleistung und weitere Maßnahmen nur bewirken, wenn beide Parteien darüber kommunizieren. Dieses Konzept war

Vorsätze

„Wir haben entschieden, uns innerhalb der nächsten Wochen zu treffen.“

Premierminister Ehud Olmert
nach dem Zusammentreffen mit Präsident
Mahmoud Abbas im jordanischen Petra
am 22. Juni 2006.

Quelle: www.faz.net am selben Tag

ursprünglich für annähernd symmetrische Konfliktsituationen wie den Rüstungswettlauf zwischen den USA und der Sowjetunion entwickelt worden. Hier aber sollte es erstmals auf einen *extrem asymmetrischen Konflikt* zwischen einer Besatzungsmacht und der von ihr unterworfenen Entität übertragen werden.

Damit der Prozess in Gang kommen konnte, war zweierlei notwendig: Es musste eine Grundlage für den Austausch von Leistungen und Gegenleistungen und für die Kommunikation vorhanden sein. Während es schien, als sei mit der Formel „Land gegen Frieden“ eine Austauschbasis gefunden, gab es hinsichtlich der Kommunikation ein grundlegendes Problem, das letztlich bis heute noch nicht gelöst ist:

Es betrifft die *Anerkennung* des jeweils anderen als rechtsfähiges Subjekt, mit dem Verträge ausgehandelt und abgeschlossen werden können. Israel sah bis 1993 die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO als Terrororganisation, jedoch nicht als Verhandlungspartner an und hatte sogar Kontakte zu ihr gesetzlich verboten. Die Charta der PLO forderte zu dieser Zeit die Vernichtung Israels. Als die Ergebnisse der inoffiziellen Verhandlungen von Oslo zur Grundlage offizieller Beziehungen gemacht werden sollten, verlangte Jerusalem als Gegenleistung für die Anerkennung der PLO als alleiniger Vertreterin palästinensischer Interessen, diese müsse das Existenzrecht Israels dadurch anerkennen, dass sie das Ziel seiner Vernichtung aus ihrer Charta tilge. In diesem Akt konzentriert sich die Asymmetrie der Partner: Die PLO als Vertreterin eines im Exil ausgerufenen, jedoch als Territorium nicht existierenden Staates sollte den Staat, der das eigene künftige Territorium besetzt hielt, uneingeschränkt anerkennen. Dieser Staat war hingegen nur bereit, die PLO für legitimiert zu halten, für die Nation ohne Staat zu sprechen, während er ihr Staatsziel selbst nicht anerkannte.

Wenn heute Israel nicht bereit ist, die Hamas-Regierung anzuerkennen, solange diese den Staat Israel und die mit ihm geschlossenen Verträge nicht anerkannt hat und der Gewalt abschwört, und umgekehrt, so hat diese Situation eine große Ähnlichkeit mit der vor 13 Jahren. Dementsprechend ließe sich dieses Problem prinzipiell ähnlich wie 1993 in Washington durch eine *gleichzeitige* Erklärung über wechselseitige

Anerkennung und Gewaltverzicht überwinden, wenn auf beiden Seiten der Wille dafür vorhanden wäre.

Mit der recht allgemein gehaltenen „Prinzipienklärung“ von 1993 war die Perspektive verbunden, zu einem „Interimsabkommen“ zu gelangen, für das mit der Formel „Gaza und Jericho zuerst“ inhaltlich ein konkreter erster Schritt fixiert wurde. Dieser gradualistische Ansatz war für diesen Moment insofern erfolgsträchtig, als damit alle Streitpunkte, welche die Gespräche überfrachtet hätten, vertagt wurden, wodurch überhaupt ein Abkommen zustande kam. Dazu trug außerdem bei, als Ziel zukünftiger Gespräche nur einen noch nicht näher bezeichneten „Endstatus“ in Aussicht zu stellen und für Verhandlungen darüber mit fünf Jahren einen Zeitraum vorzugeben, der hinreichend lang zu sein schien.

Diese Kombination ließ der PLO die Hoffnung, den von ihr angestrebten eigenen, das Westjordanland einschließenden Staat mittelfristig verwirklichen zu können. Sie erlaubte zugleich den Israelis, den innenpolitisch nicht mehrheitsfähigen Begriff „Staat Palästina“ zu vermeiden und aufgrund der vorläufigen territorialen Beschränkung zu glauben, sie bräuchten bis auf weiteres nur wenig Land zurück zu geben, um Frieden zu bekommen. Beide Seiten richteten also sehr hohe Erwartungen an das Abkommen. Umso herber war die Enttäuschung, sobald die andere Seite damit zögerte, den nächsten Schritt zu tun.

Letzten Endes erwies sich die Formel „Land gegen Frieden“ für eine gradualistische Vertrauensbildung als nicht besonders praxistauglich. Dabei spielt auch die *Asymmetrie der kollektiven Erwartungshaltungen* beider Gesellschaften eine Rolle: Von Israel erwarteten die Palästinenser (und nicht nur die Funktionäre der PLO), dass es sich aus besetzten Gebieten *sichtbar* und endgültig zurückzieht, während die PLO den Israelis (und nicht nur der Regierung) lediglich *versprechen* konnte, Terroranschläge zu unterbinden. Während die Abgabe von Land und die diesbezügliche Vertragstreue exakt zu messen sind, bleibt die Erfüllung eines jeden Friedensversprechens offen bis zum Beweis des Gegenteils.

Die Asymmetrie zeigt ihre Wirkung auch bei den 1993 ausgeklammerten und den Endstatusverhandlungen zugewiesenen

Problemen: Ganz gleich, ob es sich um die Rückgabe Ostjerusalems, die Räumung von Siedlungen oder die Rückkehrmöglichkeit für palästinensische Flüchtlinge handelt, ja selbst in der den Alltag berührenden Frage der Wasserverteilung sieht sich Israel immer in der Position, auf reale Werte verzichten zu sollen und nur unbestimmte Wohlverhaltenszusagen dafür zu erhalten.

Das Problem verschärft sich durch die unterschiedliche Wahrnehmung der jeweils eigenen nationalen und gemeinsamen Geschichte. Im kollektiven Gedächtnis der jüdischen Mehrheit Israels sind verständlicherweise die zahllosen Pogrome bis hin zur Shoa als Versuche präsent, die in der Diaspora lebenden Juden zu vertreiben oder ihr Volk zu vernichten. Sie verteidigt daher das Existenzrecht ihres Staates, das 1947 von den Vereinten Nationen beschlossen wurde, mit aller Entschiedenheit. Ihre Grunddisposition, nicht noch einmal Opfer der Geschichte werden zu dürfen, scheint bewirkt zu haben, dass die Sensibilität für das bei der Staatsgründung und danach von den Palästinensern erlittene Leid (vom Unrecht einmal abgesehen) sehr unterentwickelt ist.

Umgekehrt hat dieser Erfahrungshorizont den Palästinensern, die am israelischen Nationalfeiertag den Tag der „Naqba“, der größten Katastrophe ihrer Geschichte, begehen, weitestgehend das Verständnis für die historischen Hintergründe der Vernichtungsängste der Juden genommen, was immer wieder darin sichtbar wird, dass selbst ihre gemäßigten Führer kaum bereit sind, auf eine martialische Rhetorik zu verzichten. Obwohl diese primär möglicherweise dazu dienen soll, gewaltbereite Kräfte politisch einzubinden, fühlen diese sich so eher bestärkt als in Zaum gehalten, wodurch zugleich auf der israelischen Seite Besorgnis und Ablehnung verstärkt werden.

Erfahrungen aus dem Ost-West-Konflikt zeigen, dass Vertrauen am ehesten dann wächst, wenn die Parteien ihre Vereinbarungen nicht nur dem Buchstaben nach erfüllen, sondern erkennen lassen, dass sie auch ihrem Geiste entsprechend handeln und der Gegenseite weiter entgegenkommen als angekündigt. In einer symmetrischen Situation sind beide Seiten dazu in der Lage. In der hier vorliegenden

asymmetrischen vermag dies allerdings nur diejenige, die materiell etwas in die Waagschale zu werfen hat. Israel erbrachte zwar gelegentlich Vorleistungen, nahm sie aber schnell wieder zurück, wenn es nicht sofort Gegenleistungen erhielt. Doch in zwei Bereichen blieb es stets hinter den Vertragstexten zurück: beim Hinauszögern zugesagter Rückzugsschritte und in seiner sowohl dem Völkerrecht wie den Oslo-Verträgen widersprechenden Siedlungspolitik.

Beides beschädigte bei den Palästinensern den anfänglich vorhandenen Glauben an Israels Vertragstreue. Ein weiteres Moment kommt hinzu: Obwohl die Autonomiebehörde nur das zurückerhalten will, wofür die UNO ihrem Volk einen Rechtsanspruch zuerkannt hat und was israelische Regierungen in zahlreichen Vereinbarungen wenigstens in Teilschritten zugesagt haben, muss sie sich dafür immer wieder in eine Bittstellerposition begeben. Dies demütigt sie vor den Augen der eigenen Bevölkerung, während deren Frustration steigt. Beides zusammen erklärt ein Stück weit, warum die Behörde nicht sonderlich eifrig und/oder erfolgreich dabei ist, Gewaltakte gegen den Staat Israel und gegen seine jüdischen Bürger zu unterbinden. Das wiederum wurde und wird von Israel als Beleg dafür bewertet, dass die Friedensversprechen der palästinensischen Seite nichts wert seien.

Israels Übergang zum Unilateralismus

Bekanntlich scheiterte im Juli 2000 die Initiative des damaligen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton, in Camp David zu einer Endstatus-Vereinbarung zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak (Arbeitspartei) und Arafat zu gelangen. Die Frustrationen der Palästinenser über eine weitere Verzögerung der von ihnen erwarteten Staatsgründung entluden sich nach dem Besuch des israelischen Oppositionsführers Ariel Scharon (Likud) auf dem Haram al Sharif (Tempelberg) in einem Aufstand, der Zweiten oder Al-Aqsa-Intifada. Nachdem sich diese im Laufe des Herbstes 2000 zu einer Art Kleinkrieg ausgeweitet hatte, stimmte die Mehrheit der Israelis am 6. Februar 2001 bei einer vorgezogenen Neuwahl des Ministerpräsidenten

für denjenigen, der ihnen mehr Sicherheit versprach, und gegen den Friedensprozess: Insofern markiert die Wahl Scharons den Paradigmenwechsel vom Verhandlungsfrieden zum Unilateralismus, denn der konservative Ex-General wollte mit den Palästinensern nur noch technische Übergangsfragen aushandeln; an einer Vereinbarung über den Endstatus der Autonomiegebiete war er nicht interessiert.

Allerdings verhinderten Maßnahmen wie die zeitweilige Abriegelung der besetzten Gebiete und die Wiederbesetzung palästinensischer Städte sowie die gezielte Liquidierung mutmaßlicher Terroristen nicht, dass es vermehrt zu Selbstmordattentaten in Israel kam. Deshalb begann der zur Arbeitspartei gehörende Verteidigungsminister Benjamin Ben Eliezer im Juni 2002 damit, eine „Zaun“ genannte Mauer⁷ zwischen dem Westjordanland und dem israelischen Kernland zu errichten. Dieser ist das erste sichtbare Beispiel für den neuen Unilateralismus, denn niemand dachte im Traum daran, den Verlauf der Sperranlagen mit der Autonomiebehörde abzustimmen, um zu einer einvernehmlichen Trennung zu gelangen. Dabei wäre das angesichts der wechselseitigen Traumatisierungen durchaus sinnvoll gewesen – hätte aber bedeutet, sich der palästinensischen Forderung nach Aufgabe der Siedlungen in den besetzten Gebieten zu stellen.⁸

Die Mauer verläuft nicht entlang der „grünen Linie“, die bis zum 4. Juni 1967 Israel und Jordanien von einander trennte, sondern schlägt einige der seither dort entstandenen großen Siedlungen, in denen insgesamt über 220.000 Juden leben, Israel zu, ohne die Palästinenser durch einen Gebietstausch dafür zu entschädigen. Entlang der gesamten Strecke erschwert sie zahllosen Palästinensern, zu ihren landwirtschaftlichen Flächen oder zu ihren Ausbildungs- und Arbeitsstätten zu gelangen. Insgesamt dürfte Israel, wenn die Befestigung fertig gestellt ist, allein durch sie etwa zehn Prozent des Westjordanlandes annektiert haben.⁹ Zwar hat das oberste israelische Gericht mehrere Einsprüche von Betroffenen gegen den Verlauf der Absperzung positiv beschieden, so dass einzelne Abschnitte in Richtung „grüner Linie“ verschoben werden mussten. Demgegenüber ignorierte die Regierung ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofes vom

Aus dem Entwurf der Genfer Initiative

Artikel 6: Jerusalem

5. Haram al-Sharif / Tempelberg (Bezirk)

(a) Internationale Gruppe

i. Eine Internationale Gruppe (...) wird hiermit zwecks Überwachung, Überprüfung und Unterstützung der Implementierung dieses Punktes eingesetzt.

ii. Zu diesem Zweck errichtet die Internationale Gruppe eine Multinationale Präsenz in dem Bezirk.(...)

iii. Die Multinationale Präsenz hat spezialisierte Abteilungen, die sich mit Sicherheit und Erhaltung befassen. Die Multinationale Präsenz erstattet der Internationalen Gruppe periodische Erhaltungs- und Sicherheitsberichte. Diese Berichte sind zu veröffentlichen.

iv. Die Multinationale Präsenz ist bemüht, alle auftretenden Probleme unverzüglich zu lösen, und kann alle ungelösten Streitigkeiten an die Internationale Gruppe weiterleiten, die gemäß Artikel 16 vorgehen wird. (...)

vi. Die Internationale Gruppe erarbeitet Vorschriften und Verordnungen, um für die Sicherheit im und die Erhaltung des Bezirks zu sorgen. Diese beinhalten Listen von Waffen und Ausrüstung, die auf dem Gelände erlaubt sind.

(b) Verordnungen für den Bezirk

(...)

ii. Der Staat Palästina ist verantwortlich dafür, die Sicherheit des Komplexes aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten, dass er nicht für feindliche Handlungen gegen Israelis oder israelische Gebiete verwendet wird. Die einzigen Waffen, die im Bezirk erlaubt sind, sind die des palästinensischen Sicherheitspersonals und der Sicherheitsabteilung der Multinationalen Präsenz. (...)

Nachzulesen unter:
www.genfer.initiative.de

5. Juli 2004, das die gesamte Anlage für völkerrechtswidrig erachtete und zu ihrer Entfernung sowie zu Schadensersatzzahlungen aufforderte.¹⁰

Während Scharons erster Amtszeit kam es unbeschadet des Mauerbaus zu zahlreichen weiteren Selbstmordattentaten. Trotzdem konnte sein Likud-Block bei der vorgezogenen Knessetwahl am 28. Januar 2003 die Zahl der Sitze verdoppeln. In seiner zweiten Amtszeit trat zu dem innenpolitischen Druck, die Sicherheit der Bürger vor Selbstmordattentätern und Angriffen mit Qassam-Raketen zu erhöhen, der außenpolitische Druck der USA und der drei anderen Mitglieder des „Nahost-Quartetts“, mit Hilfe eines „Roadmap“ genannten Abzugsplanes den Staat Palästina zu konstituieren. Scharon gab diesem sogar ein Stück nach und sprach sich auf einem Gipfeltreffen am 4. Juni 2003 in Aqaba mit US-Präsident George W. Bush und dem damaligen Ministerpräsidenten Abbas als erster israelischer Regierungschef für einen Palästinenserstaat aus. Doch er wollte hierüber weiterhin nicht mit Arafat verhandeln und Israel auf jeden Fall Ostjerusalem und Teile des Westjordanlandes auf Dauer sichern.

Gut zwei Wochen nachdem namhafte, jedoch hauptsächlich oppositionelle, israelische und palästinensische Persönlichkeiten am 1. Dezember 2003 unter der Bezeichnung „Genfer Initiative“¹¹ einen detaillierten „Entwurf eines Abkommens über den endgültigen Status“ veröffentlicht hatten, der aber sofort von Scharon abgelehnt worden war, präsentierte dieser am 18. Dezember 2003 in Herzliya einen Trennungsplan, der ansatzweise erkennen ließ, wie er sich die Umsetzung der Roadmap vorstellte. Er sah zum einen vor, die Trennungsmauer beschleunigt fertig zu stellen, um die Sicherheit vor palästinensischen Anschlägen zu erhöhen. Zum anderen kündigte er an, Israel werde sich auf „provisorische Sicherheitslinien“ zurückziehen und hierbei einige Siedlungen aufgeben.

Über den Hintergrund dieses Plans zitiert die Zeitung Ha'aretz Scharons Berater Dov Weisglass, der auch als einer seiner Architekten gilt, wie folgt: Im Herbst 2003 hätte der engere Kreis um Scharon begriffen, dass die wirtschaftliche und politische Lage völlig verfahren war. „Laut Weisglass entschloss sich Scharon ..., den Gaza-Streifen

aufzugeben (dessen Besitz er nie als ‚nationales Interesse‘ ausgegeben habe), um die Siedlungen im Westjordanland zu retten und – was ihm noch wichtiger war – um zu verhindern, dass irgendeine Verhandlungslösung mit den Palästinensern zustande kommt: ‚Was wir taten, diente dem Ziel, den Verhandlungsprozess einzufrieren. Und indem man diesen Prozess einfriert, verhindert man die Schaffung eines palästinensischen Staates und die Diskussion über die Flüchtlingsfrage. ... Der Abzug bietet die richtige Dosis Formalin, die man braucht, damit es zu keinen Verhandlungen mit den Palästinensern kommt.‘¹²

Für einen Rückzug aus dem Gazastreifen sprach außerdem die Notwendigkeit, die äußerst hohen Kosten für die Sicherheit in den besetzten Gebieten zu reduzieren. Sie betragen 2002 israelischen Zeitungsberichten zufolge für insgesamt 230.000 Siedler 350 Mio. €, womit die öffentlichen Ausgaben pro Siedler um 70 % über denen je Bürger im Kernland lagen.

Scharon war sich darüber im Klaren, dass seine Absicht, mittelfristig sämtliche im Gazastreifen lebenden 7.500 Juden umzusiedeln, bei seinen politischen Anhängern innerhalb und außerhalb des Likuds Befremden hervorrufen würde, denn bis dahin galt der „Bulldozer“ genannte Politiker als Vater der Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten. Daher sollte der Rückzug weder als Entgegenkommen gegenüber der Autonomiebehörde noch als ein Zurückweichen vor der im Gazastreifen besonders aktiven Hamas erscheinen; denn noch gelte ihm das triumphale Frohlocken der Hisbollah beim israelischen Rückzug aus dem Südlibanon am 24. Mai 2000 in den Ohren. Deshalb ging Israel im Frühjahr 2004 mit demonstrativer Härte gegen palästinensische Lager und Städte im Gazastreifen vor. Insbesondere im nahe der Grenze zu Ägypten liegenden Rafah wurden ganze Viertel zerstört und nach Tunneln aufgebaggert, durch die Waffen aus dem Nachbarland eingeschmuggelt werden konnten. Mehr noch, am 22. März wurden das bis dahin stets verschonte Oberhaupt der Hamas, Scheich Ahmed Jassin, durch einen gezielten israelischen Luftschlag getötet. Dies hatte eine Solidarisierung der palästinensischen Bevölkerung mit Hamas zur Folge und wurde auch international stark kritisiert. Ungeachtet dieser

Reaktionen wurde am 17. April auch Jassins Nachfolger Abdelasiz al-Rantisi von einer israelischen Rakete gezielt getötet. Die partei- und koalitionsinterne Rückenstärkung, die sich Scharon von dieser Vorgehensweise erhofft hatte, blieb indes aus.¹³

Um die Siedler zur freiwilligen Aufgabe zu bewegen, beschloss die Regierung am 14. September 2004 Entschädigungszahlungen für jede umzugswillige Familie in Höhe von 160.000 bis 400.000 Euro. Außerdem erklärte Scharon in einem Interview, seine Regierung fühle sich nicht mehr der Roadmap verpflichtet; nach dem für 2005 geplanten Abzug werde sich nicht mehr viel ändern. Obwohl beides dazu bestimmt war, eine parlamentarische Mehrheit für den Plan zu gewinnen, scheiterte der erste Versuch, einen Rückzugsbeschluss zustande zu bringen. Erst am 26. Oktober stimmten 67 der 120 Knesset-Mitglieder (darunter viele Oppositionsabgeordnete) dafür, 45 votierten dagegen, unter diesen waren 17 der zu dieser Zeit 40 Likud-Abgeordneten. Scharon brauchte danach für das Ziel des einseitigen Rückzugs eine neue Mehrheit. Er gewann sie zur Jahreswende 2004/2005, als die Arbeitspartei von Shimon Peres der Koalition beitrug, obwohl dieser eher ein Freund von Verhandlungen war.

Keine Rückkehr zu Endstatus-Verhandlungen nach Arafats Tod

Inzwischen waren auf palästinensischer Seite Veränderungen eingetreten: Arafat war am 11. November während eines Klinikaufenthaltes in Paris verstorben. Damit war auch der von ihm versperrte Weg frei, in den Autonomiegebieten die längst fälligen Wahlen nachzuholen. Als erstes wurde Mahmud Abbas am 9. Januar 2005 mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Dieser demokratische Wechsel hätte dafür gesprochen, den Rückzug mit der neuen Führung unter der Zielsetzung zu koordinieren, gutnachbarliche Beziehungen zu dem vollständig an die Palästinenser zurückzugebenden Gebiet zu unterhalten, zumal es schon während Abbas' kurzer Amtszeit als Ministerpräsident 2003 ein sachliches Gesprächsklima zwischen ihm und Scharon gegeben hatte. Große Hoffnungen richteten sich daher auf ein Treffen beider Politiker am 8. Februar 2005

in Sharm el-Sheikh. Zwar vereinbarten sie dort eine Waffenruhe sowie die Übergabe mehrerer Städte im Westjordanland an die palästinensische Polizei und die Freilassung einer größeren Zahl von Gefangenen aus israelischer Haft. Später wurde kritisiert, dass zunächst nur 500 freikamen und es bis zum 2. Juni dauerte, bevor weitere 400 entlassen wurden. Auch mit dem Rückzug aus den Städten verhielt sich Israel wieder einmal sehr zögerlich.

Um die Waffenruhe innerpalästinensisch abzusichern, vereinbarte die Fatah mit den islamistischen Organisationen Hamas und Djiha Islamija am 17. März in Kairo, die militärischen Aktionen gegen Israel bis Ende 2005 auszusetzen. Während Fatah und Hamas in den folgenden Monaten keine Selbstmordattentäter nach Israel schickten, bekannte sich der Dschihad im Laufe des Jahres 2005 zu mehreren Anschlägen im israelischen Kernland. Insgesamt ging deren Zahl allerdings stark zurück, was von Israel allein als Erfolg der Sperrmauer zum Westjordanland dargestellt, jedoch nicht auf einen möglichen Gesinnungswandel der Hamas zurückgeführt wurde.

Nach dem Rückzug: Neue Spannungen statt größerer Sicherheit

Die jüdischen Siedlungen im Gazastreifen wurden zwischen dem 17. und 22. August 2005 geräumt. Erst in dieser Endphase kam es zu operativen Absprachen mit der Autonomiebehörde. Über 10.000 palästinensische Sicherheitskräfte sorgten dafür, dass niemand den Abzug der Siedler störte und möglicherweise einen Vorwand für dessen Abbruch lieferte. Außerdem organisierte die Fatah ein riesiges „Fest des Sieges und der Freiheit“. Dieses sollte die Aufbruchstimmung der 1,4 Millionen Palästinenser im Gazastreifen ausdrücken, aber auch so weit kanalisieren, dass der Triumph nicht den Islamisten allein überlassen wurde, die im Frühjahr schon die Kommunalwahlen im Gazastreifen gewonnen hatten und den Rückzug als einen vorwiegend mit ihrem Blut erkaufte Erfolg darstellten.

Noch während des Abzugs begannen israelische Sicherheitskräfte, die Synagogen abzureißen, aus denen die Siedler vorher die Thorarollen und anderen Kultgegen-

stände mitgenommen hatten. Der Abbruch wurde am 11. September nach Protesten führender Rabbiner eingestellt. Allerdings warnte Kabinettsminister Chaim Ramon (Arbeitspartei) im Armeerundfunk vor „schrecklichen Folgen für die israelisch-palästinensischen Beziehungen“, wenn Palästinenser die Synagogen abreißen würden. Die Autonomiebehörde reagierte auf den Beschluss, der ihr die Verantwortung für die Synagogen aufzwang, mit der Absage, an einer Zeremonie zur Übergabe des Gazastreifens teilzunehmen.¹⁴ Als am 12. September palästinensische Polizeikräfte den gesamten Gazastreifen übernahmen und die ehemaligen Siedlungen der palästinensischen Bevölkerung überließen, wurden die vier noch vorhandenen Synagogen in Brand gesetzt, was in Israel schlimme Erinnerungen weckte und, wie von Ramon vorhergesagt, die Beziehungen weiter verschlechterte.

Die Spannungen nahmen zu, als es in den folgenden Wochen und Monaten der Autonomiebehörde nicht gelang, den Abschuss von Qassam-Raketen aus dem Gazastreifen auf Sderot und andere israelische Orte zu verhindern. Daraufhin kehrte Israel, welches nach wie vor die Lufthoheit über dem Gazastreifen besaß, zu Luftangriffen sowie gezielten Tötungen zurück und erklärte sogar am 28. Dezember 2005 einen etwa vier Kilometer breiten Abschnitt im Norden des Gazastreifens zur „Sicherheitszone“, in der jeder Palästinenser, der sie betrete, sein Leben riskiere – marschierte zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht wieder dort ein.

Diese Vorgehensweise zeigt überdies, dass im Gazastreifen keineswegs der Nukleus eines Staates Palästina entstehen sollte. Vielmehr handelte es sich bis zum 25. November 2005, als Israel die Kontrolle des Grenzübergangs bei Rafah nach Ägypten an die Palästinenser übergab, um nicht viel mehr als eine Art Freiluftgefängnis. Selbst an diesem Übergang lässt Israel die Palästinenser nicht frei entscheiden, wer die Grenze in der einen oder anderen Richtung überschreiten darf. Vielmehr wird die Grenzabfertigung von Kameras in ein Liaison-Büro übertragen und dort von Israelis, Palästinensern und von der Europäischen Union entsandten Grenzschutzbeamten ausgewertet, welche die Möglichkeit haben, einzelne Personen zu stoppen.

Zitierte Literatur

- Michael Bothe, Die Mauer im Westjordanland. Ein Crashtest für das Völkerrecht, HSFK-Standpunkte 2/2004, Frankfurt/M.
- Matthew Brubacher, Mauern gegen den Frieden, in: *Le Monde diplomatique* (deutsche Ausgabe), November 2002, S. 18.
- Johannes Gerster, *Meine Briefe aus Jerusalem*, Mainz 2005.
- Marianne Heiberg, Dankesrede für den Hessischen Friedenspreis 1994, in: *Dokumentation der Verleihung des 1. Hessischen Friedenspreises 1994*, HSFK-Standpunkte, Frankfurt/M. 1994.
- Margret Johannsen, Friedenspläne und ihre Feinde im israelisch-palästinensischen Konflikt, in: Christoph Weller et al. (Hg.): *Friedensgutachten 2004*, Münster 2004, S. 79-87.
- Margret Johannsen, Licht am Ende des Tunnels? Neue Bewegung im israelisch-palästinensischen Konflikt, in: Ulrich Ratsch et al. (Hg.): *Friedensgutachten 2005*, Münster 2005, S. 43-52.
- Margret Johannsen, Frieden durch Diktat? Der lange Abschied von einer Verhandlungslösung im Palästina-Konflikt, in: Reinhard Mutz et al. (Hg.): *Friedensgutachten 2006*, Münster 2006, S. 131-140.
- Berthold Meyer unter Mitarbeit von Hannes Vorhofer, *Aus der Traum? Das Scheitern des Nahost-Friedensprozesses und seine innenpolitischen Hintergründe*, HSFK-Report 2/2001, Frankfurt/M. 2001.
- Berthold Meyer, *Frieden hinter Mauern und Stacheldraht?*, in: ÖSFK (Hg.): *Jihad vs. MacWorld. Friedenspolitik im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und fundamentalistischer Bedrohung*, Friedensbericht 2003, Münster 2003, S. 195-209.
- Berthold Meyer, *Nach dem Rückzug kein Fortschritt. Warum 2005 Chancen für einen Neuanfang im israelisch-palästinensischen Verhältnis vertan wurden*, in: ÖSFK (Hg.): *Europa und die Dynamik der globalen Krise*, Friedensbericht 2006, Münster 2006, S. 138-156.
- Charles E. Osgood, *An alternative to war and surrender*, Urbana 1962.
- Meron Rapoport, *Rückzug aus Gaza. Scharons Kalkül und die Siedlerproteste*, in: *Le Monde diplomatique* (deutsche Ausgabe), August 2005. S.1 und 8.

Eine Kooperationschance wurde vertan

Der Rückzug aus dem Gazastreifen hätte ein Meilenstein auf dem Weg zu einer friedlichen Nachbarschaft zwischen Israel und dem künftigen Palästina werden können. Dass dies nicht so kam, sondern das Ereignis schon bald wieder von Gewalt auf beiden Seiten überschattet wurde, liegt an dem abgrundtiefen gegenseitigen Misstrauen, sowie daran, dass eine – wenn auch bescheidene – Chance vertan wurde, dieses durch das Lernen von Kooperation zu überwinden.

Scharon wollte um der Sicherheit willen Israel von Palästina trennen, aber zugleich verhindern, dass Palästina ein souveräner Staat wird. Eine solche Homeland- oder Bantustan-Lösung¹⁵ war nur im Alleingang zu erreichen, denn in Endstatus-Verhandlungen hätten die Palästinenser sie sicher nicht akzeptiert. Aber eine einseitig geschaffene Sicherheit ist höchst prekär. Aus dieser Einsicht hatten sich in den 1970er/80er Jahren im vom atomaren Patt geprägten Europa Politiker darum bemüht, ein blockübergreifendes Konzept „gemeinsamer Sicherheit“ zu entwickeln, das über die KSZE zur Überwindung des Ost-West-Konfliktes beitrug. Dass Arafat für Scharon kein Partner zur Entwicklung eines solchen Konzeptes war, wenn es denn einer von beiden gewollt hätte, liegt auf der Hand. Dazu war der Ra'is viel zu oft in den Habitus des Guerillaführers zurückgefallen, wenn er Staatsmann hätte sein müssen. Aber war es von Scharon strategisch klug, am Unilateralismus und an der Homeland-Strategie auch dann noch festzuhalten, als nach Arafats Tod der verhandlungswillige Abbas das Erbe angetreten hatte?

Scharon blieb nach den Kommunalwahlen im Frühjahr 2005 nicht verborgen, dass Hamas sich zu einem wichtigen politischen Einflussfaktor entwickelte. Da weder ihm noch Abbas an deren Stärkung gelegen war, wäre es nötig gewesen, den Präsidenten zu unterstützen, damit er bis zu den schon angekündigten Legislativratswahlen Erfolge vorzuweisen gehabt hätte. Hierfür wäre es sinnvoll gewesen, die Autonomiebehörde frühzeitig aktiv in die Vorbereitung des Abzugs einzubeziehen, damit sie eine friedliche und feierliche Übernahme des Gazastreifens als ihre Leistung hätte darstellen können.



Der Tempelberg (Haram al Sharif) in Jerusalem ist eine heilige Stätte sowohl für Juden als auch für Muslime. Damit die Anhänger beider Religionen von einander ungestört beten können, ist den Juden die Klagemauer vorbehalten (links auf dem Bild), während die Muslime durch den Eingang in der Bildmitte auf das Plateau mit Al-Aqsa Moschee und Felsendom gelangen.

Bild: Berthold Meyer

Hätte Abbas dies noch durch den Hinweis auf eine klare gemeinsame Perspektive für Fortschritte im Westjordanland zu unterstreichen vermocht – z. B. durch eine ernsthafte Befassung beider Regierungen mit dem erwähnten Entwurf der „Genfer Initiative“ oder eines anderen von israelischen und palästinensischen Politikern gemeinsam erarbeiteten Konzeptes zur Überwindung des Stillstands¹⁶ –, dann wäre möglich gewesen, der kriegsmüden eigenen Bevölkerung nahe zu legen, die Chance auf einen friedlichen Ausgleich mit Israel nicht durch die Wahl der verhandlungsunwilligen Hamas zu gefährden.

Das Gegenteil geschah: Um den Abzug innenpolitisch durchzusetzen, hatte Scharon schon früh erklärt, danach werde es keine weiteren Gebietsrückgaben geben. Bei seinem Abschluss bestätigte sein außenpolitischer Berater Salman Shoval, die großen Siedlungsblöcke im Westjordanland würden mit amerikanischer Zustimmung „für immer ein Teil des Staates Israel“ bleiben.¹⁷

Damit wurden die Erwartungen der Palästinenser aus dem Oslo-Friedensprozess und ihre Hoffnungen an die internationale Roadmap, in absehbarer Zeit einen auch das Westjordanland und Ostjerusalem einbeziehenden Staat gründen zu können, ein weiteres Mal – und jetzt ziemlich ungeschminkt – enttäuscht.

Indem Scharon parallel zum Rückzug die Siedlungspolitik im Westjordanland offensiv vorantrieb, kalkulierte er heftige Reaktionen der Palästinenser mit ein. Offenbar wollte er Abbas im Herbst 2005 als jemanden bloßstellen, mit dem er keinen Frieden machen könne, weil er das eigene Haus nicht in Ordnung halte. Dass zu diesen Reaktionen auch die mit dem Stimmzettel gehörte, welche eine Kohabitation von Abbas und Hamas erzwang, und dass sein Nachfolger Olmert dadurch genötigt sein würde, auf Abbas zu setzen, war die Ironie dieser Strategie. Sie hätte sich insofern noch zum Guten wenden können, als es im Mai/Juni 2006 zu Verhandlungsangeboten und einem von König Abdullah von Jordanien eingefädelteten Treffen in entspannter Atmosphäre zwischen Abbas und Olmert kam. Doch wieder einmal erwies sich der Frieden als Fata Morgana, als Israel nach der Entführung eines jungen Soldaten in den Gazastreifen einmarschierte.

Zurück an den Verhandlungstisch!

In einer Lage eskalierender Gewalt ist es leicht, auf dem Papier und aus der Ferne wohlmeinende Ratschläge zu ihrer Überwindung zu geben, wenn andere sie umsetzen sollen. Dennoch liegen einige Lehren aus den Fehlern der vergangenen Jahre auf

der Hand, die bedacht werden sollten, wenn – mit internationaler Hilfe – versucht wird, den nahöstlichen Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen und Juden und Arabern eine friedliche Nachbarschaft zu ermöglichen. Diese Punkte werden im Folgenden zunächst benannt. Danach wird auf einige Vorschläge der „Genfer Initiative“ zurückgegriffen, die bisher auf beiden Seiten eine hohe Akzeptanz genossen, auch wenn das Konzept als Ganzes keine politische Bedeutung erlangt hat.

Erstens: Alle, die davon träumen, dass eines Tages zwischen Mittelmeer und Jordangraben, zwischen Sinai und Libanongebirge nur Araber oder nur Juden leben werden, sind entweder Illusionisten oder Völkermörder. Beide Nationen haben ein Anrecht darauf, in dieser Region zu wohnen, und müssen sich mit dieser *dauerhaften Nachbarschaft* arrangieren. Da sie offenbar nicht dazu willens oder fähig sind, innerhalb eines Staates zusammen zu leben, müssen sie sich von einander trennen.

Zweitens: Die bisherigen einseitigen Trennungsversuche durch Mauer und Abzug aus dem Gazastreifen haben nicht in dem von israelischer Seite erhofften Maße zur Beruhigung der Lage beigetragen. Würde Olmert im Westjordanland diese Homeland-Politik fortsetzen, so würde sie auch dort in einem Desaster enden, weil sich weder die Menschen in den besetzten Gebieten noch die Exil-Palästinenser mit einem Quasi-Staat abspesen lassen werden. Deshalb *muss wieder zwischen beiden Seiten verhandelt werden*, um zu vereinbaren, wer künftig welche Gebiete innerhalb dieser Region bewohnen und regieren soll.

Drittens: Verhandlungen und daraus resultierende Vereinbarungen werden nur dann von beiden Partnern ernst genommen, wenn sie ihre Repräsentanten *gegenseitig als legitime Vertreter anerkennen*. Trotz aller wechselseitigen Abneigung zwischen der israelischen und der Hamas-Regierung sollten die Anerkennung der von niemandem in ihrem demokratischen Ablauf bestrittenen Wahlen sowie eine gleichzeitig abgegebene *gegenseitige Gewaltverzichtserklärung* genügen, um die Verhandlungsblockade zu überwinden. Dies würde den pragmatischen Flügel der Hamas gegenüber den aus dem Exil heraus agitierenden Radikalen stärken und so zu einer Gewaltminderung beitragen. Au-

ßerdem würde dadurch die Zustimmung der Bevölkerung Palästinas und anderer Länder in der Region zu demokratischen Verfahren zunehmen, was für die zukünftige friedliche Austragung von Konflikten sehr hilfreich sein könnte.

Viertens: In der gegenwärtigen Situation ist es vordringlich, zu einem *Waffenstillstand* zu gelangen. Er würde auch die Rahmenbedingungen für Verhandlungen verbessern. Waffenstillstände haben in einer diffusen Gemengelage mit auf eigene Faust kämpfenden Milizen jedoch häufig nur eine begrenzte Dauer. Da Israel an zwei Fronten mit verschiedenen Gegnern kämpft, sollte bei allen Bemühungen um eine Waffenruhe und um Verhandlungen versucht werden zu verhindern, dass ein Wiederaufflammen der bewaffneten Auseinandersetzungen an der einen Front dazu benutzt wird, die Bemühungen um Gespräche in dem anderen Teilkonflikt oder diese selbst zu unterbrechen.

Fünftens: Bei der Suche nach einer *Trennungsregel* wäre es juristisch am einfachsten, den durch die UN-Resolution 242 vorgezeichneten Weg eines Rückzugs Israels auf die Grenzen vom 4. Juni 1967 einzuschlagen. Doch politisch steht dem das unbeirrbar Festhalten Israels an den großen Siedlungen im Westjordanland entgegen. Die „Genfer Initiative“ hatte dem Rechnung getragen und als Ausweg vorgeschlagen, den Gebietsverlust Palästinas durch grenznahe Siedlungen, die an Israel fallen, zu *kompensieren*. Dies kann in der Form eines *Gebietstausches* erfolgen, wobei darauf zu achten ist, dass es sich um landwirtschaftlich ähnlich nutzbare Flächen handelt. Da in diesem Zusammenhang gelegentlich angeregt wird, insbesondere Teile Israels, die von seiner arabischen Minderheit bewohnt werden, in diesen Tausch einzubeziehen, muss außerdem darauf geachtet werden, dass niemand gegen seinen Willen Staatsbürger Palästinas und dadurch sozial schlechter gestellt wird als in Israel. Ein Teil der Kompensation wird auch *finanzieller* Art sein müssen.

Sechstens: Die Legitimität des Ziels, nach der Trennung einen *souveränen Staat Palästina* zu konstituieren, wird mehrheitlich auch in Israel nicht mehr bestritten. Daher ist bei der Klärung aller territorialen Fragen darauf hinzuwirken, dass es allen Bürgern dieses Staates uneingeschränkt möglich

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Johannsen 2006, S. 132.
- ² Dieser Begriff wurde in Frankreich geprägt, als erstmals ein direkt gewählter Staatspräsident mit einem der gegnerischen Partei zugehörigen Ministerpräsidenten zusammen regieren musste.
- ³ Zit. nach Newsletter der Botschaft des Staates Israel; Berlin, 26. Mai 2006, S. 1.
- ⁴ Dazu detaillierter Meyer 2001.
- ⁵ So die Norwegerin Marianne Heiberg-Holst in ihrer Dankesrede für den ihr für die Mitwirkung an der Einleitung dieses Prozesses verliehenen ersten Hessischen Friedenspreis 1994, in: HSFK-Standpunkte 4/1994, S. 12, Hervorhebung B.M.
- ⁶ Zur GRIT (Graduated and Reciprocated Initiatives in Tension Reduction) genannten Entspannungsstrategie vgl. Osgood 1962.
- ⁷ Die Absperrungsanlage besteht über weite Strecken aus einer acht Meter hohen Mauer und einem zwei Meter tiefen Graben, Stacheldraht und einer Straße für Patrouillen sowie Wachtürmen im Abstand von 300 Metern.
- ⁸ Vgl. Meyer 2003, S. 207f.
- ⁹ Vgl. Brubacher 2002, S. 18.
- ¹⁰ Vgl. Bothe 2004.
- ¹¹ Eine deutsche Übersetzung des an alle Haushalte in Israel und den Autonomiegebieten verteilten Textes der Genfer Initiative findet sich unter: www.genferinitiative.de/druck/genfer_initiative-deutsch_druck.htm
- ¹² Zit. nach Rapoport, 2005, S. 1.
- ¹³ Näheres dazu: Meyer 2006.
- ¹⁴ Zit. nach FAZ vom 12. 9. 2005, S. 6.
- ¹⁵ Bantustan war während der südafrikanischen Apartheid eine andere Bezeichnung für die Umwandlung der Reservate in Homelands, welche weiterhin ökonomisch, finanziell und militärisch von Südafrika abhängig blieben.
- ¹⁶ Z.B. berichtet Johannes Gerster, der damalige Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Jerusalem, über ein im Sommer 2004 von zehn israelischen und palästinensischen Regierungsmitgliedern unter der Ägide des Israel-Palestine Center for Research and Information (IPCRI) und der KAS erarbeitetes Eckpunkte-Papier, s. Gerster 2005, S. 133f.
- ¹⁷ Interview mit Salman Shoval am 23. 8. 2005 im Deutschlandradio.

sein muss, jeden Punkt des Staatsgebietes zu erreichen oder zu verlassen. Das heißt vor allem: Es muss eine *sichere Passage* zwischen Gazastreifen und Westjordanland geben. Es darf *keine Aufsplitterung* des Westjordanlandes durch Siedlungen und deren Zufahrtswege geben. Die *Grenzen* des Gazastreifens zu Ägypten und die des Westjordanlandes zu Jordanien müssen *unter palästinensischer Kontrolle* stehen. Israel hat die *Hoheitsgewässer* des Gazastreifens zu respektieren. Und Israel hat die *Lufthoheit* beider Landesteile zu achten.

Siebtens: Für *Jerusalem* hatte die „Genfer Initiative“ eine detaillierte Regelung als *Hauptstadt zweier Staaten* erarbeitet, in der es den Angehörigen aller drei Religionen, die dort ihre Heiligtümer haben, ungestört möglich sein soll, ihren kultischen Handlungen nachzugehen. Auf dieses Konzept sollte zurückgegriffen werden.

Achtens: Zu den besonders heiklen Problemen bisheriger Verhandlungen, die deshalb meist ausgeklammert blieben, gehört eine „gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems“ (so UN-Resolution 242). Da sich Israel weigert, allen Flüchtlingen von 1948 und ihren Nachkommen die Rückkehr an ihren Heimatort zu gestatten, weil der Staat dadurch seinen jüdischen Charakter einbüßen würde, muss eine pragmatische Lösung gefunden werden; z.B. könnten viele Flüchtlinge – sofern sie nicht dort bleiben wollen, wo sie inzwischen wohnen – mit israelischer und internationaler Unterstützung in den neuen Staat Palästina einschließlich der mit Israel auszutauschenden Gebiete übersiedeln. Israel bräuchte hingegen selbst nur kleineres

Kontingent in die alten Heimatorte zurückkehren lassen, was wahrscheinlich keine Schwierigkeiten bereiten würde, wenn es die anderen für den Verlust von Eigentum entschädigen würde.

Im Prinzip wäre ohne weiteres möglich, unter Zuhilfenahme von Textbausteinen der „Genfer Initiative“ innerhalb kurzer Zeit zu einem Vertragstext zu kommen. Das Hauptproblem besteht jedoch darin, beiden Seiten klar zu machen, dass sie sich trotz der momentanen Eskalation zusammensetzen müssen, um ihre Trennung und ihr künftiges Nebeneinander zu regeln. Da der Wille hierzu gegenwärtig äußerst gering ist, ist mit sanftem, aber spürbarem Druck von außen nachzuhelfen. Da beide Seiten auch künftig auf internationale finanzielle Unterstützung angewiesen sein werden, sollten die Europäische Union und die G 8-Staaten Israel und der Autonomiebehörde deutlich machen, dass jede weitere Zahlung vom alsbaldigen Beginn und zügigen Abschluss von Verhandlungen

abhängt. Möglicherweise würde es das Verfahren beschleunigen, wenn aktuell zugesagte Gelder an beide Seiten bis zum Tage nach einer einvernehmlichen Trennung und der Ausrufung des Staates Palästina auf Treuhandkonten deponiert würden. Gleichzeitig sollte auf dieselbe Weise die libanesische Regierung dazu gebracht werden, ihrer Verpflichtung aus der UN-Resolution 1559 nachzukommen und die im Lande befindlichen Milizen einschließlich der der Hisbollah aufzulösen.



Prof. Dr. Berthold Meyer (Jahrgang 1944) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der HSFK und hat eine Honorarprofessur für Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-

Universität Marburg. Der Nahost-Konflikt ist einer seiner Arbeitsschwerpunkte.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet, arbeitet mit rund 40 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen: „Rüstungskontrolle und Abrüstung“, „Internationale Organisation, demokratischer Friede und die Herrschaft des Rechts“, „Demokratisierung und der innergesellschaftliche Frieden“ sowie zu „Querschnittsaufgaben“; darunter fällt zum Beispiel die Arbeitsgruppe „Kriege demokratischer Staaten seit 1990“. Außerdem gibt es einen fünften Programmbereich „Vermittlung und Information“, zu dem der Bereich „Friedenspädagogik/Konfliktpsychologie“ sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der HSFK-Webseite zählen.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Neben den *HSFK-Standpunkten* gibt das Institut mit den „HSFK-Reports“ und „PRIF Reports“ wissenschaftliche Analysen aktueller Probleme und politische Empfehlungen in Deutsch und Englisch heraus. Die „Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ stellen darüber hinaus grundlegende Forschungsergebnisse des Instituts dar. Mit dem „Friedensgutachten“ legen die HSFK und vier weitere Friedensforschungsinstitute (IFSH, FEST, INEF und BICC) ein gemeinsames Jahrbuch vor, das die laufenden Entwicklungen in Sicherheitspolitik und internationalen Beziehungen analysiert, kritisch kommentiert und Empfehlungen für Politik und Öffentlichkeit abgibt.

V.i.S.d.P.: Marlar Kin, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der HSFK, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481 E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck ISSN 0945-9332